

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 03.02.2015**

um 17:00 Uhr bis 19:50 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Ratsmitglieder

Herr Björn Gottschalk	für Frau Krupp
Herr Mathias Heidtmann	für Herrn Schmitz
Herr Heinz Jürgen Heuser	für Herrn Sill
Herr André Hüsgen	für Herrn Pohl
Frau Gabriele Kemper-Heibutzki	für Herrn Schmidt
Herr Lothar Krebs	
Frau Tanja Kreimendahl	
Frau Brigitte Neff-Wetzel	
Herr Thorsten Michael Pohl	
Herr David Schichel	
Herr Alexander Schmidt	

Sachkundige Bürger/innen

Frau Erika Acker	
Frau Jill Brebeck	bis 18.40 Uhr
Frau Corinna Hindrichs	
Herr Yannick Plasberg	
Herr Paul Uwe Schabla	
Frau Dorothea Schlächter	
Frau Ursula Wilberg	
Herr Darius Youssofi	

Sachkundige Einwohner/innen

Firma Ursula Durach	bis 19.00 Uhr
---------------------	---------------

Beigeordneter

Herr Thomas Neuhaus

von der Verwaltung

Herr Domingo Estrany Dreßler
Frau Petra Hellmann-Wien
Frau Marion Hessler
Herr Dr. Frank Neveling

Schriftführer/in

Frau Silke Eller

Dirk Faust

Jobcenter

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Lothar Sill

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2014 |
| 3 | | Berichte aus den Beiräten |
| 4 | | Bericht der Stadtteilkordinatorin zur Stadtteilarbeit Rosenhügel |
| 5 | | Schwerpunktthema Jobcenter |
| 5.1 | | Personalsituation im Jobcenter |
| 5.2 | | Bedarfsgemeinschaften |
| 5.3 | | Zusammenarbeit Jobcenter - Verwaltung |
| 6 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 6.1 | 15/0853 | Sicherheit im Jobcenter - Anfrage der CDU-Fraktion |
| 6.2 | 15/0854 | Überprüfung der Regelungen für den Mindestlohn durch das Jobcenter Remscheid - Anfrage der CDU-Fraktion |
| 6.3 | 15/0893 | Fachkräftemangel entgegenwirken - Flüchtlinge werden gebraucht - Anfrage der SPD-Fraktion |
| 6.4 | 15/0904 | Situation der Jugendarbeitslosigkeit in Remscheid - Anfrage |
| 7 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 7.1 | 15/0634 | Mitteilung zur Anfrage der CDU-Fraktion zum PKF-Gutachten vom 10.09.2014 |
| 7.2 | 15/0712 | Managementplanung 2011 - 2014, Bericht erstes bis drittes Quartal 2014 |
| 7.3 | 15/0823 | Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhaberorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen(GEPA NRW)
- Artikel 1 - Alten- und Pflegegesetz (APG)
- Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG-DVO) |
| 7.4 | 15/0884 | Sicherheit im Jobcenter
Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.01.2015 |
| 7.5 | 15/0883 | Überprüfung der Regelungen für den Mindestlohn durch das Jobcenter Remscheid |

Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.01.2015

- 8** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 9** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 10** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10.1** 15/0735 Der Langzeitarbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.12.2015
- 10.2** 15/0695 Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen
- Antrag der Fraktion Die Linke
- 10.3** 15/0852 Gesundheitskonzept für Flüchtlinge und Asylsuchende
- 11** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Die als Nachtrag und als Tischvorlagen eingebrachten Drucksachen sollen in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der stellvertretende Vorsitzende Schichel schlägt außerdem vor, die Tagesordnungspunkte 6.1 (DS 15/0853) und 7.4 (DS 15/0884) sowie die Tagesordnungspunkte 6.2 (DS 15/0854) und 7.5 (DS 15/0883) zusammenzulegen und alle Tagesordnungspunkte zum Thema Jobcenter zusammen zu behandeln.

Die als Tischvorlagen eingebrachten Drucksachen 15/0893 (TOP 6.3) und 15/0904 (TOP 6.4) sollen bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

In die Tagesordnung werden folgende Drucksachen neu aufgenommen:

- DS 15/0853 – Sicherheit im Jobcenter (TOP 6.1)
- DS 15/0854 – Überprüfung der Regelungen für den Mindestlohn (TOP 6.2)
- DS 15/0893 – Fachkräftemangel entgegenwirken (TOP 6.3)
- DS 15/0904 – Situation der Jugendarbeitslosigkeit in Remscheid (TOP 6.4)
- DS 15/0823 – GEPA NRW (TOP 7.3)
- DS 15/0884 – Sicherheit im Jobcenter (TOP 7.4)
- DS 15/0883 – Überprüfung der Regelungen für den Mindestlohn (TOP 7.5)

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 7.4 sowie 6.2 und 7.5 werden zusammengelegt.
Die Tischvorlagen TOP 6.3 und 6.4 werden vertagt.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2014

Frau Eller teilt mit, dass in der Niederschrift unter TOP 2 versehentlich Frau Durach nicht aufgeführt ist. Frau Durach wurde ebenfalls verpflichtet.

3. Berichte aus den Beiräten

Frau Acker berichtet aus dem Seniorenbeirat. Dieser hat in seiner Sitzung im Januar u. a. angeregt, einen Seniorenbeauftragten bei der Stadt Remscheid anzustellen, der sich um die Belange dieses Personenkreises kümmern soll. Außerdem haben sich in der Sitzung Frau Sowa vom WTT und der Behindertenbeauftragte der Stadt Remscheid, Herr Krüger, vorgestellt.

In der Sitzung wurde ein Arbeitskreis eingerichtet zur Vorbereitung der Woche der älteren Generation, die im September stattfinden soll.

Am 24.02.2015 wird der Beirat an der Sitzung der Bezirksvertretung Alt-Remscheid zum Thema „Stadtsparkteich“ teilnehmen.

4. Bericht der Stadtteilkordinatorin zur Stadtteilarbeit Rosenhügel

Die Stadtteilkordinatorin Frau Heßler berichtet über die aktuelle Situation der Stadtteilarbeit am Rosenhügel. Das Stadtteilbüro wird von allen Anwohnern gut angenommen und genutzt. Die Räume sind fast durchgehend die ganze Woche mit den verschiedensten Gruppen belegt. Außerdem stellt das Büro eine Anlaufstelle für die Anwohner dar, die Hilfe und Unterstützung in persönlichen Lebenslagen benötigen. Soweit wie möglich wird ihnen direkt im Stadtteilbüro weitergeholfen, z. B. beim Ausfüllen von Formularen. Ansonsten werden Kontakte zu den jeweils zuständigen Stellen vermittelt. Aufgrund des Wegfalls einer Stelle kann diese Hilfeleistung aber nur noch eingeschränkt angeboten werden. Außerdem fehlt es an Zeit z. B. für die dringend notwendige Netzwerkarbeit.

Frau Heßler teilt mit, dass aufgrund von Mitgliedsbeiträgen des Bürgervereins Rosenhügel und Spenden der Erhalt des Stadtteilbüros für 2015 gesichert ist. Die Mittel reichen gerade aus, um die Miete und Nebenkosten für die Büroräume zu sichern. Darüber hinaus stehen keine Gelder für notwendige Anschaffungen oder die Durchführung von Veranstaltungen zur Verfügung. Bereits jetzt muss damit begonnen werden, Spenden für 2016 zu akquirieren. Nur durch den unermüdlichen Einsatz des Bürgervereins und weiterer ehrenamtlichen Helfer ist es möglich, die Stadtteilarbeit zu fortzuführen.

Frau Neff-Wetzel fragt nach einer Unterstützung durch die Stadt Remscheid.

Beig. Neuhaus teilt mit, dass zurzeit nach weiteren Fördermitteln gesucht wird. Städtische Gelder stehen nicht zur Verfügung.

Herr Schabla erinnert daran, dass im Zusammenhang mit dem Neubau des Spielhauses an der Ewaldstraße angedacht worden war, das Spielhaus auch als Stadtteilbüro zu nutzen. Das wäre kostengünstiger, da keine Miete gezahlt werden müsste.

Frau Heßler weist darauf hin, dass es im Spielhaus nur einen größeren Raum und ein kleines Büro gibt. Die Räume reichen nicht aus, um den Betrieb als Spielhaus zeitgleich mit einer Nutzung der jetzt im Stadtteilbüro angebotenen Kurse bzw. Gruppentreffs aufrecht erhalten zu können. Das Stadtteilbüro an der Stephanstraße liegt zentral im Stadtteil, direkt an der Bushaltestelle und wird dort gut angenommen. Solange der Bürgerverein in der Lage ist, die laufenden Kosten zu finanzieren, sollte es an diesem Standort bleiben.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

5. Schwerpunktthema Jobcenter

Herr Faust berichtet zu den Themen Image Jobcenter nach 10 Jahren SGB II, Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Personalsituation. Die Präsentation ist als Anlage 2 beigelegt.

Nach 10 Jahren Hartz IV ist das Image der Jobcenter im Allgemeinen schlecht, die Berichterstattung in den Medien eher negativ. Wichtig wäre ein wertschätzender und respektvoller Umgang mit den Kunden des Jobcenters sowohl durch die Mitarbeiter als auch durch die Presse. Ein Mangel an Respekt führt oft zu Konflikten. Die Aufgabe der Jobcenter besteht im Fördern und Unterstützen, sie sind nicht die schikanierenden Organisationen, als die sie oftmals dargestellt werden. Ein positives Image ist wichtig für die Kunden, aber auch bei der Suche nach Mitarbeitern.

Zum Thema Bedarfsgemeinschaften informiert Herr Faust darüber, dass deren Anzahl steigend ist. Auch landesweit steigt deren Anzahl, wenn auch prozentual nicht so stark wie in Remscheid. Auffällig ist, dass gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen gesunken ist.

Die Ausgaben für Bedarfsgemeinschaften erhöhen sich weiter, da sowohl die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften als auch die Energiekosten steigen. Auch der ab März 2015 geltende Anspruch auf eine größere Wohnfläche führt zu steigenden Kosten.

Möglichkeiten der Kostenreduzierung gibt es z. B. durch Integration der Hilfeempfänger in den Arbeitsmarkt und Inanspruchnahme vorrangiger Ansprüche wie Unterhaltsleistungen und Wohngeld.

Die Übernahme der Kosten der Unterkunft durch die Stadt Remscheid ist auch ein wichtiger Faktor für die Vermieter in Remscheid. Die Stadt zahlt verlässlich die dem Mietspiegel entsprechenden Mieten. Dadurch konnte bisher eine Ghettobildung vermieden werden.

Zur Personalsituation berichtet Herr Faust, dass 84,8 % der Personalkosten vom Bund übernommen werden, die restlichen 15,2 % sind von der Stadt zu tragen. Im Jobcenter gibt es 141 Vollzeitäquivalente, davon anteilig 63,7 bei der Stadt Remscheid, der Rest bei der Agentur für Arbeit.

Derzeit sind 11 Stellen in der Leistungsabteilung nicht besetzt, 4.075 offene Fälle nicht bearbeitet (Stand 15.01.2015). 11 Neueinstellungen werden zurzeit eingearbeitet, um diese Stellen besetzen zu können. Aufgrund der bisher hohen Mitarbeiterfluktuation im Jobcenter bleibt abzuwarten, ob sich durch die Neueinstellungen die Situation bessert.

Erschwerend kommt hinzu, dass dem Jobcenter Aufgaben wie die Abrechnung des Frauenhauses und die Bearbeitung von Miet- und Stromschulden übertragen worden sind, die Umsetzung des 4-Augen-Prinzips bei Auszahlungen vorgeschrieben worden ist und derzeit auf ein neues EDV-Programm umgestellt wird.

Die Stadt prüft derzeit, ob zur Entlastung des Jobcenters die Abwicklung der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetzes, die bisher dort erfolgt, übernommen werden kann.

Herr Faust bietet an, in der nächsten Sitzung zum Thema „Markt und Integration“ zu berichten. Dieses Angebot wird dankend angenommen.

5.1. Personalsituation im Jobcenter

Die Personalsituation im Jobcenter wurde unter TOP 5 behandelt.

5.2. Bedarfsgemeinschaften

Das Thema Bedarfsgemeinschaften wurde unter TOP 5 diskutiert.

5.3. Zusammenarbeit Jobcenter - Verwaltung

Beig. Neuhaus berichtet zur Zusammenarbeit Stadtverwaltung – Jobcenter. Er weist darauf hin, dass die Stadt Remscheid dem Jobcenter die maximal mögliche personelle Unterstützung leistet. Aber eine intensive Steuerung von Seiten der Stadt ist seiner Meinung nach erforderlich, auch um die Vorgaben des Stärkungspaktes einzuhalten. Zurzeit wird an einer Zielvereinbarung mit monetären und qualitativen Aspekten zwischen der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter und der Stadtverwaltung gearbeitet. Außerdem wird die Verwaltung zukünftig an den monatlichen Trägergesprächen teilnehmen.

Die Präsentation ist als Anlage 3 beigefügt.

6. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**6.1. Sicherheit im Jobcenter - Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/0853**

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 7.4 werden zusammen behandelt.

Frau Kreimendahl bedankt sich für die schnelle Beantwortung der Anfrage. Sie kann nachvollziehen, dass trotz aller Maßnahmen ein Restrisiko bestehen bleibt. Dennoch muss alles dafür getan werden, den Mitarbeitern des Jobcenters die offenbar vorhandene Unsicherheit und Angst zu nehmen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**6.2. Überprüfung der Regelungen für den Mindestlohn durch das Jobcenter Remscheid - Anfrage der CDU-Fraktion
Vorlage: 15/0854**

Die Tagesordnungspunkte 6.2 und 7.5 werden zusammen behandelt.

Frau Kreimendahl fragt nach was passiert, wenn sich Arbeitgeber nicht an die Bestimmungen zum Mindestlohn halten.

Herr Faust teilt mit, dass der Anspruch des Arbeitnehmers auf die Stadt Remscheid übergeht und eingefordert bzw. eingeklagt wird.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**6.3. Fachkräftemangel entgegenwirken - Flüchtlinge werden gebraucht - Anfrage der SPD-Fraktion
Vorlage: 15/0893**

Die Anfrage soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

**6.4. Situation der Jugendarbeitslosigkeit in Remscheid - Anfrage
Vorlage: 15/0904**

Die Anfrage soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

7. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

7.1. Mitteilung zur Anfrage der CDU-Fraktion zum PKF-Gutachten vom 10.09.2014 Vorlage: 15/0634

Frau Kreimendahl erinnert an den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aus der 14. Wahlperiode zur Umsetzung des Gutachtens. Sie fragt nach dem Stand der Angelegenheit, insbesondere nach dem vorgesehenen Stellenabbau.

Herr Schichel erklärt, dass ein Teil der Maßnahmen bereits umgesetzt worden ist bzw. Umsetzungsbeschlüsse des Rates existieren.

Beig. Neuhaus hält das vorliegende Gutachten für nicht vollständig umsetzbar. Das Gutachten ist inzwischen zwei Jahre alt und überholt. Auch der Anstieg der Fallzahlen steht der Umsetzung entgegen. Er bittet darum, diese Entwicklung seit der Erstellung des Gutachtens zu bedenken und die laut Gutachten noch vorgesehenen Stelleneinsparungen nicht weiter zu diskutieren. Das verunsichert und demotiviert die Mitarbeiter. Beig. Neuhaus sagt für die Zukunft mehr Transparenz zu.

Auf Nachfrage von Frau Kreimendahl erläutert Frau Hellmann-Wien die Personalsituation im Fachdienst Jugend und Soziales näher. Die Mitarbeiter werden nicht nur durch die steigenden Fallzahlen, sondern auch durch die regelmäßigen gesetzlichen Neuregelungen, die zeitnah umgesetzt werden müssen, stark belastet.

Herr Krebs fragt nach, ob es für die Mitarbeiter die Möglichkeit gibt, sich über eine Hotline, z. B. beim Städtetag, bei Gesetzesänderungen über die korrekte Umsetzung und Ausführung zu informieren, damit Fehler vermieden werden können.

Beig. Neuhaus erklärt, dass es keine derartige Informationsmöglichkeit gibt.

Herr Schichel schlägt vor, die Einrichtung einer Hotline beim Städtetag anzusprechen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Managementplanung 2011 - 2014, Bericht erstes bis drittes Quartal 2014 Vorlage: 15/0712

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhaborientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen(GEPANRW) - Artikel 1 - Alten- und Pflegegesetz (APG) - Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG-DVO) Vorlage: 15/0823

Herr Krebs weist darauf hin, dass die gesetzlichen Neuerungen u. a. Auswirkung auf die Planung von Alten- und Pflegeheimen haben könnte, z. B. auf die Beteiligung der Stadt Remscheid am geplanten Heim der Diakonie in Lennep. Außerdem fragt er nach, ob die Ge-

setzesänderungen zu einer Blockade für das auf dem Grundstück des ehemaligen Lindenhofs am Honsberg geplante Pflegeheim führen könnte.

Er bittet um Auskunft sowohl im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen als auch im Haupt-, Beteiligungs- und Finanzausschuss.

Frau Hellmann-Wien weist darauf hin, dass die Beteiligungsverwaltung dazu Auskunft geben muss.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**7.4. Sicherheit im Jobcenter
Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.01.2015
Vorlage: 15/0884**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Punkt 6.1 behandelt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**7.5. Überprüfung der Regelungen für den Mindestlohn durch das Jobcenter
Remscheid
Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.01.2015
Vorlage: 15/0883**

Von der Mitteilung der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

8. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine schriftlichen Berichte vor.

9. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es wurden keine Vorschläge zur Tagesordnung eingereicht.

10. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

**10.1. Der Langzeitarbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.12.2015
Vorlage: 15/0735**

Die Drucksache wird vertagt. Eine Beratung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

**10.2. Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen
- Antrag der Fraktion Die Linke
Vorlage: 15/0695**

Frau Neff-Wetzel zieht den Antrag ihrer Fraktion zurück. Dieser hat sich durch den Antrag unter TOP 10.3 erledigt.

**10.3. Gesundheitskonzept für Flüchtlinge und Asylsuchende
Vorlage: 15/0852**

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen empfiehlt dem Rat der Stadt Remscheid, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Remscheid will die medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylbewerber*innen verbessern und deren Krankenbehandlung auf eine gesetzliche Krankenversicherung in Anlehnung an das „Bremer Modell“ übertragen, hierbei erhalten Leistungsberechtigte nach §§ 4 und 6 AsylbLG eine Krankenversicherten-Chipkarte der gesetzlichen Krankenversicherung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen, um eine entsprechende Vereinbarung auf Grundlage des § 264 Absatz 1 SGB V zu treffen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, auch das Land zu bitten Rahmenverhandlungen mit den Krankenkassen zu führen.
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren aus Gesundheitshilfe und Flüchtlingsarbeit die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere in Anlehnung an das „Bremer Modell“ für Remscheid weiter zu entwickeln und ein entsprechendes Gesundheitskonzept, u.a. mit dem Ziel eine Sprechstunde des Gesundheitsdienstes (z.B. mit dem Medimobil) in Flüchtlingsheimen zu implementieren, zu erarbeiten.
5. Die kommunale Gesundheitskonferenz wird gebeten, über die bislang vereinbarten Themenschwerpunkte hinaus das Thema gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Remscheid mit zu bearbeiten und hierbei auch die hieran beteiligten Akteure aus dem Gesundheitswesen und die örtlichen Flüchtlingsorganisationen mit einzubinden.
6. Für die Stadt Remscheid ergeben sich dadurch keine zusätzlichen Kosten.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, schließt Herr Schichel die Sitzung.

gez.

David Schichel
Stellv. Vorsitzender

gez.

Silke Eller
Schriftführerin